

Editorial

Hallo FriedrichshainerInnen!

Nun ist das neue Jahr schon wieder einen Monat alt und wir hoffen, daß unsere LeserInnen ihre guten Vorsätze noch nicht alle über Bord geworfen haben. Wir sind ja auch wie Sie und nehmen uns Dinge vor, die dann doch nicht klappen. So wollten wir z. B. bis zu dieser Ausgabe die Umstrukturierung des Lädchens einigermaßen im Griff haben, was aber leider noch nicht so ganz geklappt hat. Wir gehen jedoch davon aus, daß dies für Sie keine Auswirkungen haben wird.

Wir nutzen die Ausgabe, um einen kleinen Rückblick über Ereignisse zwischen dem

vorletzten Redaktionsschluß 12.12.07 und dem letzten 15.01.08 zu geben. Wundern Sie sich also nicht, wenn ein Beitrag nicht aktuell ist. Wir wollten die Infos nicht vorenthalten.

Ansonsten hoffen Wir, daß wieder jeder etwas Interessantes findet und wir machen explizit auf unseren Filmklub (Seite 3) aufmerksam, zu dem wir Sie herzlich einladen.

Natürlich freuen wir uns auch nach wie vor über Beiträge, Kritik und Zuspruch. In diesem Sinne mit den besten Wünschen für das angebrochene Jahr

die redaktion

Mumias Anwalt bei Veranstaltung in Berlin

Völlig überraschend stand Mumias Hauptanwalt Robert R. Bryan, im Rahmen seines privaten Besuches in Berlin, als Redner zur Verfügung. Mit nur 1 Tag Vorankündigung folgten am Sonntag, den 16.12.07 viele Interessierte dem Aufruf des Berliner Bündnis „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“. Gezeigt wurde der Film „Frances Newtons letzte Worte – Chronik einer Hinrichtung“. Die Veranstaltung fand im gutbürgerlichen Charlottenburg statt, in einer der letzten übrig gebliebenen „Alt-68er-Kneipen“ mit künstlerischen und politischem Anspruch.

weiter Seite 6



Filmemacher Thomas Giefer (links) und Anwalt Robert R. Bryan

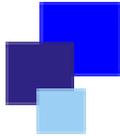
Foto: Heike Weingarten

Filmklub: Grusel & SiFi (S. 3)

Neues zu Hartz IV (S. 13)

defence! - Bericht (S. 12)

Vorratsdatenspeicherung (S. 8)



UBI KLIZ EV

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE KOMMUNIKATIVES LEBEN IN ZUSAMMENARBEIT E. V.
GEMEINNÜTZIG AUF FOLGENDEN GEBIETEN (IM SINNE DER FÖRDERUNG VON):
VERBRAUCHERSCHUTZ UND -BERATUNG, KULTUR, VOLKSBILDUNG, VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Mieterberatung und Information

Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)
& Mi 19 - 20 Uhr

MAE Kiezpool

Neue Sprechzeit: Do 16-18 Uhr

Initiative gegen Rechts

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

ALG II - Sozialberatung

Mo / Do 13 - 17 Uhr / **NEU: Vokü** ab 14 Uhr

Arbeitslosen- und Rentenberatung

mit Anwälten vom Arbeitslosenverband
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Nur mit vorheriger Terminvereinbarung!

Redaktionssitzung Bänsch-Echo

jeden 3. Donnerstag / 18-19 Uhr

Vernissagen (siehe letzte Seite)

1. Freitag/ alle zwei Monate ab 19 Uhr

Kampagne Musik gegen Gewalt

CLOF eV: in der Regel Die/ Fr 11 - 13 Uhr

UBI Filmklub (Infos hier im BE)

1. Mi / 17 Uhr: Kinderfilm (**02/08 15 Uhr!**)
3. Mi / 20:30 Uhr: Erwachsenenfilm

Wir bitten alle Ratsuchen, die thematischen
Öffnungszeiten einzuhalten, da nur dann die
Fachberater vor Ort sind und wir bestmögli-
che Unterstützung geben können.

Während der Mieterberatungszeiten ...
... drucken, kopieren, faxen, laminieren etc.
zum Selbstkostenpreis und PC-Nutzung
... Ausleihe: Pavillon, Bierzeltgarnitur, Over-
headprojektor, Beamer / DVD, Flipchart

IMPRESSUM

Die Stadtteilzeitung erscheint monatlich. Beiträge sind
ausdrücklich erwünscht. Beiträge ohne Namensnen-
nung sind von der Redaktion erstellt.

Herausgeber: UBI KLIZ e. V.
V.i.S.d.P.: Heike Weingarten
Red.-schluß: 18.10.07
unterstützt von: Klaus, Gigi, Yvonne,
Achim, Heiko und Sven.

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
Tel. / Fax: 030 - 74 07 88 31
www.ubi-mieterladen.de
mieterladen@gmx.de

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar

Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin, Tel.: 216 80 01



Wir sind Kooperationspartner von Berlins
preisgünstigem und alternativem Mieter-
verein: Berliner MieterGemeinschaft e. V. Infos
zu Mitgliedschaft, Kosten, Rechtsschutz und

politischem Engagement geben wir Ihnen
gerne. Ebenfalls findet bei uns die Beratung
durch qualifizierte Anwälte statt. Umfassende
Infos finden Sie unter www.bmgev.de.



UBI - Winter-Filmklub

11/2007 - 03/2008 im Mieterladen, Kreuzzigerstraße 23
Programm Februar

Monatliche Veranstaltungen des UBI-Filmklub mit kostenloser Mitgliedschaft: 1 x für Kinder und 1 x für Erwachsene, wobei die Grenze beim Kinderfilm gerne schwimmend ist, beim Erwachsenenfilm durch die Beginnzeit Kinder ausgeschlossen sind.

06.02.08 / 15:00 Uhr

„Spuk unterm Riesenrad“ - Grusel (vorgezogener Beginn!)

Miniserie in 7 Teilen bzw. Fernsehfilm in 2 Teilen/ Erstausrstrahlung: 01.01.1979 DDR1



In den Ferien helfen Tammi, Umbo und Keks den Großeltern in der Geisterbahn. Bei einer Gießbreischlacht werden Figuren beschmutzt, die sie zum Säubern in die Spree werfen. Dadurch werden sie lebendig und fliehen. Die Kinder nehmen die Verfolgung auf. Auf der Flucht durch die Innenstadt gibt es große Aufregung. Bei dem Versuch der Polizei, die drei zu verhaften, fliehen sie auf einem Staubsauger in den Harz. In Thale werden sie von den Kindern gestellt, entweichen aber wieder. Vom Hexentanzplatz begeben sich auf den Weg zur Burg Falkenstein. Dort werden sie als Arbeitskräfte angestellt. Im alten Burgarchiv findet sich die Lösung, die Geister wieder zu verzaubern. Dann entführt Rumpelstilzchen Keks. Mit Hilfe der Hexe können ihn Umbo und Tammi befreien. Aus Wut darüber versucht Rumpi die Burg anzuzünden. Der Riese hilft beim Löschen. Rumpi wird wieder in eine Puppe verzaubert. Durch ihre guten Taten werden die Hexe und der Riese zu richtigen Menschen.

Im Anschluß an das Kinderprogramm bieten wir zum Selbstkostenpreis ein Essen an, um die Kinder nicht um ihr Abendbrot zu bringen. Unkostenbeitrag: 1,50 • (Kinder 1 •) für Beamer und Filmausleihe. Mitglied kann man bei jeder Veranstaltung werden.

20.02.08 / 20:30 Uhr

„Raumpatrouille Orion - Rücksturz ins Kino“ - Science Fiction



Eine alte Kultserie (Erstausrstrahlung 1966) als neuer Kinofilm, schnell zusammen geschnitten als Viewer's Digest, in

Schwarzweiß, als ein Akt liebevoller Reanimation. Die Kinofassung von „Raumpatrouille Orion“ bietet mehr als nur das verkürzte Wiedersehen mit einem Kronjuwel aus dem TV-Archiv. Nämlich ein spannendes, in sich geschlossenes Weltraumabenteuer mit legendären Bildwelten, Sounds und Charakteren, die immer schon den Bildschirm sprengten.

Veranstaltungen des UBI-Filmklub für Kinder und Erwachsene mit kostenloser Mitgliedschaft. Der Filmklub nutzt die Technik des Mieterladen. Die anfallenden Kosten werden durch einen Unkostenbeitrag pro Filmschau (Erw. 1,50 Euro, Kinder 1 Euro) und Mitglied aufgebracht. Im Anschluß an das Kinderprogramm gibt es ein Essen. Mitglied kann man bei jeder Veranstaltung werden. Die Veranstaltungen sind nicht öffentlich.

Monatliche Veranstaltungen 11/07 - 03/08

1. Mittwoch / Monat 17:00 für Kinder

3. Mittwoch / Monat 20:30 für Erwachsene

Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!



Das Treffen im Januar nutzte die Initiative, um ein kleines Fazit über das letzte Jahr zu ziehen und aktuelle Themen und erste Arbeitspunkte für 2007 zu besprechen. Im Februar werden der Jahresplan festgelegt und Schwerpunkte für die Arbeitsgruppen erörtert. Überlegt wurde, ob die ersten 20-30 Minuten der monatlichen Sitzung bei Bedarf für eine offene Diskussionsrunde genutzt werden können, möglicher Weise sogar themenbezogen (rechte Mode, rechte Musik, Handlungsstrategien...). Dies erleichtert vermutlich Interessierten den Zugang zur Initiative und reflektiert die eigene Arbeit. Menschen, die Interesse daran haben, sich an Aktionen zu beteiligen, können so für sie uninteressanten Formalien entgehen.

Aktuell auf dem Programm stehen ein Handout für Gewerbetreibende und inhaltliche Bestückung von Infoständen auf Straßenfesten, sowie die Entwicklung eines neuen Aufklebers und weitere

Vernetzungen. Außerdem wurde besprochen, daß Bänsch-Echo stärker als bisher für Veröffentlichungen zu nutzen.

Treffen der Initiative gegen Rechts Friedrichshain:

jeden 1. Dienstag / Monat um 19 Uhr
im Mieterladen (Kreutzigerstr. 23)

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Im Radio aufgeschnappt:

Gute Frage - Wo die Chinesen doch mittlerweile jeden Müll kaufen, was zahlen die eigentlich für Nazis?

Achtung Änderungen im Mieterladen auf einen Blick! (s. S. 2):

Sozialberatung: Mo / Do 13 - 17 Uhr, Mi 10 - 14 Uhr entfällt.

NEU: ab 14 Uhr mit Vokü

MAE Kiezpool: Do 16-18 Uhr, Mo 10-13 Uhr entfällt.

Redaktionssitzung: Donnerstag 18-19 Uhr (vorher 17-19 Uhr)

NEU: Vokü in der Kreutzigerstr. 18, jeden Mo 20-21 Uhr!



Volksbegehren für die Wahlfreiheit von Wirten und Gästen



„Initiative für Genuß Berlin“ wurde von Menschen und Vereinen, die mit dem Nichtraucherschutzgesetz für Berlin nicht einverstanden sind, gegründet.

Wir befürworten den Schutz von Nichtrauchern, insbesondere im öffentlichen Raum. Wir stehen FÜR ein gleichberechtigtes Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern sowie eine vernünftige Regelung zum Rauchen in Gaststätten und FÜR eine Kennzeichnungspflicht von Gaststätten als Raucher- oder Nichtraucherlokal. Wir sind als Kunden in Gaststätten FÜR die Freiheit der Selbstbestimmung sowie für das Fortbestehen der sozialen Strukturen und Kontakte in den Kiezkeipen und Gaststätten.

Die Gaststätten- Besitzer sollen die Möglichkeit behalten, selbst zu entscheiden, ob sie eine Nichtraucher- oder eine Raucher-gaststätte betreiben und ob sie Nichtraucher- und Raucherbereiche einrichten wollen. Wir sind FÜR den Erhalt der wirtschaftlichen Existenz von gastronomischen Einrichtungen.

Wir sind gegen eine Überreglementierung durch Gesetze.

Wir streben ein Volksbegehren zur Änderung des am 08.11.2007 verabschiedeten Nichtraucherschutzgesetzes für Berlin an. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, das Volksbegehren zu einem Erfolg werden zu

lassen. Wir möchten Sie daher um Ihre Unterschrift auf dem Antragsformular für das Volksbegehren bitten.

Leisten Sie Ihren Beitrag FÜR ein gleichberechtigtes Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern sowie eine vernünftige Regelung zum Rauchen in Gaststätten und FÜR eine Kennzeichnungspflicht von Gaststätten als Raucher- oder Nichtraucherlokal.

In einem ersten Schritt benötigen wir 20.000 Unterschriften in Berlin.

Achtung: Der Unterschriftsbogen ist nur echt mit dem oben zu sehenden-Stempel der Initiative für Genuß Berlin! Inhalt des Volksbegehrens ist die Streichung aller auf ein Rauchverbot in Gaststätten Bezug nehmenden Teile des Gesetzes. Der Unterzeichner muß 18 Jahre alt, wahlberechtigt und seit mindestens 3 Monaten in Berlin wohnhaft sein. Unleserliche, unvollständige, fehlerhafte oder mit Zusätzen versehene Unterschriftsbögen sind ungültig. Wir bedanken uns für Ihre demokratische Meinungsäußerung!

Sie finden die Unterschriftsbögen in einigen Keipen, im Mieterladen oder können ihn aus dem Netz herunterladen.

Initiative für Genuß
www.genussinitiative-berlin.de
Netzwerk Rauchen e. V.
www.netzwerk-rauchen.de



Fortsetzung Titelseite: Mumias Anwalt bei Veranstaltung in Berlin

Anschließend sprach Robert R. Bryan über die aktuelle Situation seines wegen angeblichen Polizistenmord 1982 zum Tode verurteilten Mandanten. Er erwähnte die neuerdings halbwegs ausgewogene Berichterstattung in den US-Medien zum Thema, aufgrund weltweiter Proteste. Dann ging er detailliert auf eine im Mai 2007 stattgefundene Anhörung vor dem 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia ein. Er berichtete u. a., dass ein Richter den Vertreter der Staatsanwaltschaft gleich zweimal fragte „Und welche Rolle spielte im Prozess die Bill Of Rights?“ – einen derart offen geäußerten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines Prozesses habe Robert R. Bryan in seiner bisherigen 30jährigen Laufbahn als Anwalt in Todesstrafen Verfahren noch nicht erlebt.

In seiner engagierten, sachlichen Rede betonte er mehrmals, wie wichtig öffentliche Aufmerksamkeit und Proteste für Mumia Abu-Jamals Bemühen um einen neuen, diesmal fairen Prozess sind. Als konkrete Beispiele nannte er hier die starke öffentliche Präsenz vor und im Gerichtssaal sowie den offenen Brief einer deutschen Bundestagsfraktion (PDS). Er meinte, den drei Richtern sei an diesem Tag völlig klar gewesen, dass sie unter internationaler Beobachtung stünden und führt darauf ihre überraschend sachliche und positive Anhörungsdurchführung zurück. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass dies nichts über die kommende Entscheidung aussagt. Nach wie vor bestünde die Gefahr, dass Mumia mit der Todesstrafe konfrontiert sei. Schließlich hätte Mumia nach Gesetzeslage schon seit Mitte der 90er ein neues Verfahren verdient, was ihm aber bisher immer aus politischen Gründen verweigert wurde.

Es ist Mumias eigene Idee, ein neues Verfahren führen zu wollen. Er beabsichtige

darin, den institutionellen Rassismus und die politische Unterdrückung sowie gängige Manipulationstechniken gegen mittellose Angeklagte in den USA öffentlich zu behandeln. Mumia sehe sich nicht als Einzelfall. Viele der 1982 angewandten Praktiken seien auch heute noch in Gerichtssälen anzutreffen.

Mehrmals kam die Frage: Was kann ich denn tun? Robert R. Bryan sagte, dass Mumia im Augenblick viel geholfen wäre, wenn UnterstützerInnen ihm wieder verstärkt schreiben.

Erstens freut sich Mumia riesig über Briefe und Postkarten in seiner 6 qm Todestraktzelle. Zwar kann er viele nicht beantworten, da seine Portokosten sehr gering sind und er ja auch lediglich Englisch spricht, aber es ist ihm eine enorme moralische Stütze, wenn er merkt, dass sein Fall immer noch bekannt ist und er trotz Isolationshaft nicht vergessen wurde.

Und zweitens ist dieser Post ein großer Schutz für ihn. Zeigt er doch der Zensurbehörde, die sämtliche Post liest und auch dem Gericht und der Staatsanwaltschaft übermittelt, dass sie unter Beobachtung stehen. Das kann aktuell Einfluss auf die Entscheidungsfindung des 3. Bundesberufungsgerichtes haben. Mumias Anwalt verwies auf die mündlichen Anhörungen am 17. Mai 2007. Dort waren viele internationale ProzeßbeobachterInnen anwesend. Das Gericht habe sich daher außerordentlich fair benommen und den Argumenten beider Sei

Spruch des Monats

"Der Kampf gegen einen Gipfel mag ein Menschherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen."

Albert Camus

ten zum ersten Mal in Mumias nun schon 26 jähriger Justizgeschichte so etwas wie Sachinteresse entgegengebracht.

Im jetzigen Stadium können Briefe daher wirklich helfen.

Hier die Adresse:

Mumia Abu-Jamal
AM 8335
175 Progress Drive
Waynesburg
PA 15370
USA



Um sicher zu gehen, dass euer Brief nicht vielleicht „verloren geht“, könntet ihr auch eine Kopie an die jeweilige US-Botschaft eures Landes schicken. Als Erklärung reicht

hier völlig, dass Briefe an den Gefangenen Mumia Abu-Jamal in der Vergangenheit oft verloren gegangen sind und ihr die Botschaft bittet, diesen Brief weiterzuleiten.

Botschaft Vereinigte Staaten
Neustädtische Kirchstrasse 4-5
10117 Berlin

(Anm. d. Red.: Vergessen ist nicht die Freilassung von Angela Davis, die auch aufgrund weltweiter Protestbriefe erst möglich wurde. Sie setzt sich heute für Mumia ein und nahm u. a. die Verleihung der Ehrenbürgerschaft von Paris durch den Oberbürgermeister stellvertretend für Mumia entgegen.)

In Berlin (Bern, Paris u. a.) gibt es einen Infotreffpunkt am Tag nach (!) der Gerichtsentscheidung: CLASH im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, werktags um 20.30, am Wochenende um 19.30 Uhr.

Solikonzert am 01.02.08 für Mumia in Berlin (s. auch S. 12)

Für die laufende Kampagne. Konkret wird Geld für Plakate, Demologistik, Portokosten und Öffentlichkeitsarbeit benötigt. 2007 wurde sehr viel über Spenden und Soliveranstaltungen bezahlt, aber die Kosten wachsen mit dem Anwachsen der Kampagne.

Mit den Bands : CUT MY SKIN , MÜLLSCH und BITE THE BULLET. Anschließend legt Dr. Kimbel gemütsberuhigende Platten zum Tanzen auf. Einlass ab 22 Uhr. Getränkepreise sind sehr günstig. Das Plakat zum Herunterladen gibt es hier: www.mumia-hoerbuch.de/text/010208_ko_koeppi.pdf, im Buchladen „Schwarze Risse“ und im „CLASH“ (Mehringhof).

Helft uns bei der Werbung. Klebt, postet oder verlinkt das Plakat, wo immer es möglich ist. Und geht natürlich am 1. Februar da hin! Das Konzert findet in der Berliner KÖPI (<http://koepi137.net/>) statt. Die KÖPI ist eines der größten selbstverwalteten Wohn- und Kultur-

projekte Berlins und aktuell von Räumung bedroht. Sie befindet sich in der Köpenickerstr. 137 in Berlin Mitte, also mitten im Spekulationsgebiet von „Mediaspree“, in dessen Rahmen viele BewohnerInnen der Gegend von Vertreibung durch großspurige und völlig unnötige Bauprojekte bedroht sind. Weitere Infos dazu unter: www.ms-versenken.org

Wir machen Montags um 18 Uhr immer Mumia-News im Jugendlradio auf UKW 97,2. Das ist der OKB. Im Internet unter www.basisradio.org/radio-metropolis/index.html und da auf Live-Stream klicken. Auf unserer myspace-Seite sind jetzt öfters wechselnde Auszüge aus den Sendungen. Im Augenblick sind zwei Beiträge aus der Sylvestersendung online:

www.myspace.com/freiheitfrmumia
Infos zum Soikonzert findet Ihr unter:
www.mumia-hoerbuch.de/bundnis.htm



Verfassungsbeschwerde eingelegt!

Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!

Gegen die totale Protokollierung von Telefon, Handy, eMail, Internet!

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern, der die Arbeit gegen die Vollprotokollierung der Telekommunikation koordiniert.

Die vom AK initiierte Verfassungsbeschwerde gegen die sechsmonatige Speicherung aller Verbindungsdaten wurde am 31.12.07 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben ca. 30.000 Menschen einen Rechtsanwalt mit der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde beauftragt. Der AK veröffentlicht zugleich Empfehlungen zum Schutz vor der "Totalprotokollierung der Telekommunikation".

Nachdem das von CDU, CSU und SPD beschlossene Gesetz zur Protokollierung der Telekommunikation der gesamten Bevölkerung ("Vorratsdatenspeicherung") im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, hat der Berliner Rechtsanwalt Meinhard Starostik Verfassungsbeschwerde gegen die Datensammlung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. In der 166-seitigen Beschwerdeschrift (http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Verfassungsbeschwerde_Vorratsdatenspeicherung.pdf) wird auch beantragt, die Datensammlung wegen "offensichtlicher Verfassungswidrigkeit" durch eine einstweilige Anordnung sofort auszusetzen.

Nach dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung soll ab 2008 ohne Anfangsverdacht protokolliert werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden oder das

Internet genutzt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Bis Ende 2008 können Unternehmen eine Vorrats-speicherung noch straffrei verweigern, dann drohen hohe Bußgelder. Der AK ruft alle Telekommunikationsanbieter auf, einstweilen auf die Massendatensammlung zu verzichten. Erste Internet-Service-Provider haben bereits angekündigt, 2008 noch keine Daten auf Vorrat zu speichern.

Besorgten Bürgern rät der AK, sich vor einer Aufdeckung ihrer persönlichen und beruflichen Kontakte und Bewegungen zu schützen. Tips dazu und weitere Infos finden Sie im Internet.

Der AK bietet eine CD mit Anonymisierungssoftware für Internetnutzer an, mit deren Hilfe die Vorratsdatenspeicherung umgangen werden kann.

**Trauermarsch durch Deutschland
von Hamburg, 31.12.07 bis München, 06.01.08
wegen verlorener Privatsphäre**

Ein Trauerzug trug einen Sarg als Symbol für den Verlust von Privatsphäre, Grund- und



Bürgerrechten durch die Hamburger Innenstadt. Hintergrund ist ein von CDU, CSU und SPD beschlossenes Gesetz, dem zufolge ab 2008 das Kommunikations- und Bewegungsverhalten aller Telefon-, Handy- und Internetnutzer in Deutschland verdachtslos registriert werden soll (Vorratsdatenspeicherung).

Rund 500 Teilnehmer protestierten gegen die grundlose Aufzeichnung ihres Kommunikations- und Bewegungsverhaltens. Die Teilnehmer setzten schließlich den Sarg am Rathausplatz ab. Die Veranstaltung schloss mit einer gemeinsamen Grundrechtelesung.



Der "Bundessarg" wurde auf einem Trauermarsch von Hamburg über Kassel, Frankfurt und Ulm nach München getragen. Hunderte von Menschen nahmen die Gelegenheit wahr, Abschied von der Privatsphäre zu nehmen.

Während bundesweit die Kritik an den Plänen zur Errichtung eines Überwachungsstaates nicht abreißt, bauen Politiker der Regierungsparteien ihre Machtphantasien weiter aus. So traf sich die Leitfigur des informationellen Absolutismus, Wolfgang Schäuble, am 06.01.08 unter dem Motto "Was zählt ist Sicherheit" mit dem CSU-OB-Kandidaten Josef Schmid in München zum Dreikönigstreffen.

Vor der Kongresshalle an der Theresienhöhe versammelten sich ca. 750 Bürger, um unter dem Gegen-Motto "Was zählt ist Freiheit" gegen die immer weitergehenden Überwachungspläne der schwarz-roten Bundesregierung. Im Anschluss an die Veran-

staltung wollte der AK Wolfgang Schäuble in seiner eigentlichen Funktion als Verfassungsminister einen Sarg als Symbol für den Verlust



der Privatsphäre überreichen. Die Bürgerrechtler konnten den Sarg allerdings nicht übergeben, da der Innenminister von Sicherheitsleuten abgeschirmt war. Es sei nun geplant, die Übergabe in Berlin durchzuführen. Schäuble erklärte sich auf Nachfrage einer Journalistin bereit, mit dem AK in Dialog zu treten.

Handykarten-Tauschbörse für anonyme Handytelefonate



Der AK bietet seit 01.01.08 eine Tauschbörse für Prepaid-Handykarten an. Ziel des Angebots ist die Umgehung der Registrierungspflicht für Handykarten, die der Arbeitskreis für verfassungswidrig hält. Der Tausch von Handykarten ist vollkommen legal!

Jeder hat ein Recht auf anonyme Kommunikation. Es ist selbstverständlich, dass man Menschen anspricht, ohne seinen Namen zu nennen, und Briefe versenden kann, ohne einen Absender anzugeben. Die Tauschbörse soll nun auch Handy-Nutzern wieder die Möglichkeit bieten, anonym zu telefonieren, etwa um unbesorgt vertrauliche Beratung in Anspruch nehmen (z.B. Aidsberatung, Eheberatung), Journalisten informieren, sich staatskritisch engagieren oder sonst unbesorgt telefonieren zu können.

Die Verwendung getauschter Handykarten schützt vor Missbrauch der eigenen Daten, vor Datenpannen und vor der ausufernden Neugier des Staates: Laut Bundesnetzagen-

weiter Seite 10

Fortsetzung von Seite 9:

Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!

tur rief der Staat im Jahr 2006 über 3 Mio. mal Kundendaten der Telekommunikationsanbieter ab. Polizei, Zollfahndung, Geheimdienste, Finanzdienstleistungsaufsicht und Zoll haben sogar einen Online-Zugriff auf Name, Anschrift und Geburtsdatum der Rufnummerninhaber; über 1.000 Behörden sind abfrageberechtigt. Eine Verfassungsbeschwerde gegen die Identifizierungspflicht

und Datenabfrage liegt dem Bundesverfassungsgericht seit 2005 vor (Az. 1 BvR 1299/05). Seit dem 1. Januar 2008 lässt der Gesetzgeber neben den Kundendaten auch die Verbindungsdaten der gesamten Bevölkerung sammeln.

<http://kartentausch.vorratsdatenspeicherung.de>

Alle Infos komplett:

www.vorratsdatenspeicherung.de



1. Suizid im Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick

Am 30. Dezember erhängte sich ein 28-jähriger Tunesier im Abschiebegefängnis Köpenick. Nach Polizei-Angaben erlag der Mann am 1.1.2008 seinen schweren Verletzungen in einem Krankenhaus. Er ist damit der erste Gefangene, der sich seit Bestehen des Gefängnisses in Köpenick das Leben nahm. Viele haben es vorher versucht und konnten gerettet werden, viele haben sich auch aus Protest gegen die drohende Abschiebung selbst verletzt, um der Abschiebehaft zu entkommen.

Seit nunmehr 15 Jahren dokumentiert die Antirassistische Initiative e.V. unter anderem Suizide, Selbstverletzungen und Suizidversuche von Flüchtlingen. In Berlin kam es zu mindestens 186 Suizidversuchen und Selbstverletzungen in Abschiebehaft in de-

ren Folge sich die Betroffenen z.T. schwerste Verletzungen zugefügt haben. Bundesweit wurden 50 Todesfälle und knapp 400 Verletzungsfälle in Abschiebehaft dokumentiert.

Die Menschen, die in Abschiebehaft sitzen, befinden sich in Beugehaft. Sie sitzen hier, damit sie der Ausländerbehörde direkt zur Abschiebung zur Verfügung stehen, sie sitzen aber auch hier, damit sie ihrer „freiwilligen“ Rückkehr zustimmen und sich „aktiv“ um Reisepapiere bemühen. Was hinter den Gefängnismauern passiert, kommt nicht oft an die Öffentlichkeit. Schikanen, Mißhandlungen und Demütigungen durch die Bewacher und auch Mißachtung und Ignoranz von Seiten des medizinischen Personals sind an der Tagesordnung.

In dem Bewußtsein der absoluten Hilflosigkeit und Ausweglosigkeit und in einem Klima der Willkür und Menschenverachtung geraten viele Gefangene in akute Krisensituationen.

*Antirassistische Initiative Berlin
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
www.ari-berlin.org*

Das Register

Wer macht was in Friedrichshain

Viele haben gemerkt, daß es in Friedrichshain unzählige Vereine, Initiativen, Aktionsbündnisse usw. gibt.

Wir geben einen kleinen Überblick über verschiedene Aktivitäten und stellen jeweils eine Gruppe aktiver Leute vor.

Nachbarschaftsgarten Rosa Rose von Räumung bedroht!

Wir sind AnwohnerInnen aus der näheren und weiteren Umgebung. Seit 05/2004 sind wir auf der Fläche Kinzigstr. 13/15 aktiv und haben einen Nachbarschaftsgarten aufgebaut. Unsere Gartengruppe wurde mit den Jahren immer größer und internationaler, im Moment sind ca. 10 feste und ca. 30 gelegentliche NutzerInnen aus verschiedenen Ländern aktiv (England, Italien, Spanien, Deutschland, Polen, USA, Österreich, Australien). Wir sind offen organisiert – jede/r ist eingeladen mitzumachen! Wir organisieren kulturelle Veranstaltungen, Workshops und auch Weiterbildungsveranstaltungen. Wir treffen uns zum Gärtnern, Kaffee trinken und um die Sonne im Grünen mitten in der Stadt zu genießen – seit wir uns einen offenen Treffpunkt geschaffen haben, sind wir uns in unserem Kiez nicht mehr fremd – sondern über den Garten kommt man ins Gespräch: Die Nachbarn sind jetzt Bekannte!

Die Rosa Rose hat vor kurzem Post bekommen von der BAG Immobilien GmbH, die sich als Eigentümerin der Flächen Kinzigstrasse 13 und 15 ausgibt. Sie gibt bekannt, daß sie die GHG Berlin mbH mit dem Verkauf der Grundstücke beauftragt hat und forderte am 03.01.08 Rosa Rose auf, die Flächen bis zum 10. Januar zu räumen, vorher sollte ein Übergabetermin vereinbart werden.

Die Fläche der Kinzigstraße 11 befindet sich nicht mehr im Besitz der BAG, der

derzeitige Eigentümer ist Rosa Rose nicht bekannt. Als Kaufpreis für die zwei Grundstücke 13 und 15 wurde Rosa Rose eine Summe von 1,2 Millionen genannt, was dem 2,3fachen Wert entspricht.

Freunde des Gartens haben längst Schritte eingeleitet, um den Kauf der Grundstücke, auf denen sich der Garten befindet, vorzubereiten. Solche Summen sind jedoch nicht nur schwer für ehrenamtliche Normalbürger aufzubringen, sondern auch dermassen überhöht, daß der Eindruck entsteht, sie seien u.U. zur Abschreckung formuliert. Wir appellieren nun an alle Interessierten, zu helfen, da wir der Meinung sind, die Stadtbevölkerung muss eingreifen, wo ein solch wertvolles Stück selbstorganisiertem und bis hierhin selbstfinanziertem Bürgerengagements sowie Stadtnatur und Bildungsraum im dichtbesiedelten Friedrichshain Gefahr läuft zerstört zu werden. Es muß Möglichkeiten geben, die Flächen für den Gemeinschaftsgarten Rosa Rose zu erhalten. Mit der TRIAS Stiftung besteht eine Kooperation!

Alle Aktiven sind auch weiterhin bereit, viel Zeit und Arbeit in das Projekt (inkl. Finanzierungsplanung) hineinzustecken, aber es braucht mehr Unterstützung und Schutz!!! Der flyer mit Spendeninfo für das Kaufvorhaben steht auf der website zum Download: <http://www.rosarose-garten.net/de/downloads>

www.rosarose-garten.net



**Antirassistische Kampagne zum 15. Jahrestag
der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl**

Bericht vom 15. Dezember 2007 Hennigsdorf bei Berlin Demonstration mit anschließendem antirassistischem Einkauf

Trotz der Demo in Hamburg und eisiger Kälte demonstrierten ca. 100 Menschen in Hennigsdorf für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und dessen Auswirkungen. Aufgerufen dazu hatten die Hennigsdorfer Antifaschistische Initiative, der Ratschlag gegen Rechts, die Flüchtlings-Initiative Brandenburg und die Initiative gegen das Chipkartensystem aus Berlin. Ziel der Demo und des anschließenden antirassistischen Einkaufs war und ist es, staatlichen Rassismus anzuprangern und seine Auswirkungen auf den Alltag zu kritisieren und angreifbar zu machen.

Los ging's am S-Bahnhof, wo die Polizei durch massive Kontrollen der Ankommenen glänzte. Ein kurzer Motto-Wechsel fand statt, als sich die Demo dem Naziladen „On The Streets“ näherte, dessen Inhaber Alexander Gast, bekannt auch als Frontmann der Naziband „Spreegeschwader“, schon mehrmals an Übergriffen auf linke Jugendliche beteiligt war. Der seit 5 Jahren existierende Laden musste auf Grund engagierter Proteste bereits 1x umziehen, existiert aber leider immer noch.

Weiter ging's zum Penny-Markt, einer der wenigen Läden, in denen die Flüchtlinge ihre Gutscheine in Lebensmittel umtauschen „dürfen“. Leider werden in Teilen Brandenburgs immer noch die sowieso schon auf 70% des normalen Sozialhilfesatzes gekürzten Leistungen für Flüchtlinge in Gutscheinen ausgehändigt. Mit diesen darf dann nur in bestimmten Läden eingekauft werden und es wird teilweise auch vorgeschrieben, was gekauft werden darf.

Umtausch in Bargeld ist unmöglich, Wechselgeld wird nur in Höhe von 10% erstattet. Doch die Filiale des Penny-Markts verweigert selbst diese Auszahlung. Verbunden mit rassistischen und diskriminierenden Sprüchen seitens der VerkäuferInnen aber auch der Einkaufenden wird ein Einkauf bei Penny für Flüchtlinge unerträglich.

Mit lautstarken Parolen / Redebeiträgen verschiedener Initiativen ging es durch die Hennigsdorfer Innenstadt zum Kaisers und zum antirassistischen Einkauf. Leider lag die letzte Gutschein-Ausgabe bereits eineinhalb Wochen zurück, so dass viele Flüchtlinge gezwungen waren, den Großteil ihrer Gutscheine bereits umzutauschen. Trotz dessen und der anfänglichen Weigerung der Kaisers-VerkäuferInnen konnten noch einige Gutscheine in Bargeld umgetauscht und neue Kontakte für Patenschaften geknüpft werden. Es war eine gelungene Demonstration und eine tolle Umtausch-Aktion. Wir fordern:

Bleiberecht für alle - Staatliche Sondergesetze abschaffen!

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz – Gleiche Rechte für alle Menschen!

Weg mit dem Gutscheinsystem und Schluß mit der Heimunterbringung!

Für freies Fluten und alles für alle!!!

*Weitere Informationen unter:
www.chipkartenini.squat.net*

März 2008 Abschiebelager schließen!

Aktionen gegen das Abschiebelager in der Motardstraße in Berlin Spandau



- 1. Krankschrift zählt nicht**
- 2. Existenzgründerzuschuß**
- 3. Fahrkostenerstattung**
- 4. Umstrukturierungen im JC**

1. Wen die Arbeitsbehörde zu sich bestellt, der muß dem Ruf folgen. Als Entschuldigung für Fernbleiben gilt eine Bescheinigung über Arbeitsunfähigkeit nur dann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Da niemand vor seinem Arbeitsberater gewissermaßen auf die Knie gehen soll, reicht ein Attest über eine Prellung am Knie nicht aus, entschied das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (Az. L 19 B 42/06 AL).

Die Arbeitsagentur Köln lud einen Kunden zum Gespräch ein. Er ging nicht hin. Um sein Fernbleiben zu entschuldigen, verwies er auf Atteste über eine ambulante psychiatrische Behandlung und eine Prellung am Knie. Die Arbeitsunfähigkeit daure an und mache ein solches Gespräch sinnlos. Die Arbeitsbeamten sahen das anders und strichen ihm für eine Woche die Leistungen.

Zu Recht, entschied das Gericht. Ein Empfänger von Arbeitslosengeld gilt als arbeitsunfähig, wenn er der Arbeitsvermittlung tatsächlich nicht zur Verfügung stehen kann. Die vorgelegten Atteste hätten eine einfache Tätigkeit zum Zeitpunkt nicht ausgeschlossen. Der Mann war also zwar arbeitslos, nicht aber arbeitsunfähig - und hätte deshalb den Termin wahrnehmen müssen.

2. Erhalten ALGII-Empfänger einen Existenzgründungszuschuß, muß dieser auf das ALGII angerechnet werden. Das Bundessozialgericht Kassel entschied, den Zuschuß als Einkommen zu werten. Der Kläger machte sich als Handwerker selbstständig und erhielt Existenzgründungszuschuß in Höhe von 600 • zum Arbeitslosengeld. Die Arbeitsgemeinschaft (Arge) rechnete daraufhin den Zuschuß als Einkommen und kürzte die Leistungen.

Die Vorinstanz hatte die Arge angewiesen, den Zuschuß nicht als Einkommen zu werten. Der Existenzgründungszuschuß sei eine zweckbestimmte Leistung, die nicht beim ALG II angerechnet werden dürfe.

Die Kasseler Richter entschieden, daß der Existenzgründungszuschuß nicht nur dem Zweck des Aufbaus einer Firma diene. Er solle auch einen sozial abgesicherten Stand gewährleisten. Daher müsse der Zuschuß als Einkommen gewertet werden. Der Kläger erhalte damit weniger ALG II. Das Verfahren hat der Senat an das Landessozialgericht zurückverwiesen, damit dort die genaue Höhe des ALG II neu berechnet wird.

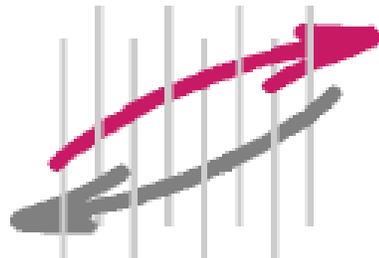
3. Ein Hartz-IV-Empfänger aus Augsburg verlangte von seiner zuständigen Arge Fahrkostenerstattung in Höhe von 3,52 •. Der 57-Jährige war 16 km mit dem Pkw zur Arge und zurück gefahren, um an einem Beratungsgespräch teilzunehmen.

Die Behörde verweigerte die Übernahme der Fahrtkosten. Erst oberhalb der Bagatellgrenze von 6 • würden Fahrtkosten übernommen und das als sogenannte Kann-Leistung. Einen Rechtsanspruch auf die Erstattung von Reisekosten gebe es nicht.

Der 14. Senat des BSG verurteilte die zuständige Arge zur Zahlung und entschied, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch geringe Fahrtkosten erstattet werden müssen. Bei einem Tagessatz von 11,52 Euro ALGII seien 3,52 • keine Bagatelle.

(Anm. d. Red.: ÖPNV-Kosten geltend machen, weil 4,20 • sind noch mehr als 3,53 • und mit Berufung auf dieses Urteil könnte es funktionieren!)

4. Der Senat hat am 11.01.08 beschlossen, daß künftig alle Jobcenter (JC) einheitliche Öffnungszeiten erhalten sollen, daß es wieder SachbearbeiterInnen statt anonyme Teams geben solle, die wieder mit dem Fall vertraut sind. Sachbearbeiter sollen wieder telefonisch direkt zu erreichen und die Servicecenter (anonyme Callcenter) nur noch vermitteln und für Erstinfos da sein. Fallmanager sollen wieder telefonisch erreichbar sein, Termine werden wieder direkt (ohne wochenlangere Wartezeit) gemacht. Die Allmacht der JC soll durch einberufene Widerspruchsbeiräte entschärft werden, damit Widersprüche halbwegs neutral begutachtet werden können und die berechnigte Klageflut vor dem Sozialgericht eingedämmt wird. Es soll besondere Verbesserungen für Behinderte geben.



netz

**Solidaritätsfonds
für Berliner
und Brandenburger
Hausprojekte**

Am 20.11.2007 wurde im Gewerbehof Saarbrücker Straße der lange vorbereitete Solidaritätsfonds für Berliner und Brandenburger Hausprojekte gegründet.

Die Idee: Hausprojekte die in der Vergangenheit öffentliche Fördermittel bekommen haben, unterstützen neue Häuser, die vom Staat kein Geld mehr erhalten. Die Unterstützung kann in Form von Spenden oder Schenkungen erfolgen, oder indem Instandhaltungsrücklagen anderen Häusern zur Verfügung gestellt werden, oder durch Bürgschaften.

Die Mittel des Fonds werden von professionellen Kooperationspartnern verwaltet, erster Partner ist die Stiftung trias.

CONTRASTE stellte das Konzept vor in der Ausgabe Nr. 278, November 2007: www.netz-bb.de/con278-s6.pdf

NETZ

*für Selbstverwaltung und Kooperation
Berlin-Brandenburg e.V.*

Postfach 62 05 53

10795 Berlin

Tel.: 216 91 05 / Fax: 78 71 76 97

www.netz-bb.de

**Friedrichshain
Radio - Aktiv !!!**

Radio Stralau
Internet www.stralau.de

**Bürger
senden
für Bürger
ab
19.00 Uhr**



Sie wollten schon immer einmal wissen, wie Radio gemacht wird?

Dann seien Sie live dabei wenn eine Sendung von Radio F'hain gefahren wird!

Erleben Sie Moderatoren, Gäste, Stimmungen, Technik.

Seien Sie neugierig und schauen Sie vorbei!

www.StudioKassette.de

**RADIO
UKW 97.2 MHz
F'HAIN**

Dienstags 16 - 18 Uhr

Der rote Faden 2008 - Bewerbungshilfen

2008 wollen wir uns, im Bewusstsein, daß es nicht ausreichend Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden gibt, einigen Bewerbungshilfen widmen. Dabei steht nicht die Bewerbung selbst im Vordergrund, sondern vorrangig geht es um Zeugnisse vorheriger Arbeitgeber, die für eine Bewerbung sehr wichtig sein können. Alle Beiträge wurden sorgfältig zusammen getragen und gelten als Empfehlung. Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit

und selbstverständlich können sich Änderungen in der Praxis ergeben.

Sie finden in den nächsten Ausgaben:

Das Zeugnis: *Inhalt und Form; negative Aussagen und deren Bewertung (siehe auch Benotung), Verwirkung, Verfall und Verzicht, Dekudier- und Formulierungshilfen, Fälligkeit und Zurückhaltung, Benotungen von sehr gut bis befriedigend, Benotungen von ausreichend bis ungenügend, Der Personalbogen, Bewerbung*

1. Handschriftliche Bewerbungen - Graphologisches Gutachten

Die moderne Graphologie ist eine mathematisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Methode, die sich auf das Messen und Zählen und auf statisch und experimentell nachweisbares Ergebnisse verlässt:

Z. B. Größe und Regelmäßigkeit der Schrift; Schrägheit oder Steilheit; der Druck, den das Schreibwerkzeug auf die Schreibfläche ausübt; die Verbindung der einzelnen Buchstaben durch weiche Formen oder durch harte, spitze Winkel; die Formen des kleinen –m- und –n- als einer nach oben gewölbten Arkade oder einer nach oben offenen Girlande; die Längenunterschiede zwischen Oberlängen (h, t, b,) und die Unterlängen (g, p, y); die Weite oder Enge der Schrift; die Schärfe des Strichs oder seine unscharfe Schwäche; Schnörkel oder Verzierungen; Anordnungen der Schrift auf dem Papier; schmaler oder breiter Seitenrand; ansteigende Zeilen.

Es gibt nichts im Schriftbild, was Graphologen nicht deuten möchten oder zur Deutung von bestimmten Charaktermerkmalen und Eigenschaften eines Menschen feststellen und so die begutachtete Person einordnen und beurteilen. Graphologische Gutachten

haben heute einen festen Platz im Instrumentarium der Bewerberauswahl. Wird ein handschriftlicher Lebenslauf verlangt, müssen Sie sich darüber klar sein, dass die Analyse ihrer Handschrift mit darüber entscheiden kann, ob Sie den begehrten Arbeitsplatz bekommen oder nicht.

Ein neues Problem ergibt sich aber sicher heute für den Graphologen. Die Handschriften werden immer ungeübter, denn wir telefonieren mehr und verwenden zum Schreiben Schreibautomaten oder Computer. Ein Brief wird immer seltener mit der Hand geschrieben. So kann es sowohl zu infantiler (kindlich, unentwickelt) Managerhandschrift als auch zu infantiler Mitarbeiterhandschrift kommen (mit Ausnahme der Unterschrift), wenn handschriftlicher Lebenslauf oder andere Handschriftproben abgegeben werden müssen.

In jedem Fall aber gilt, schreiben Sie deutlich und lesbar, möglichst zeilengerade und beachten Sie Rechtschreibung und Grammatik. Sollten Sie unsicher sein, ob alte oder neue Rechtschreibung verlangt wird, scheuen Sie sich nicht, nachzufragen. Das ist allemal besser, als dadurch Chancen zu verlieren. Schreiben Sie mit Absätzen und fügen Sie zwischen den Absätzen für die Lesbarkeit eine Leerzeile ein.

Galerie UBI KLiZ eV • Kreuzzigerstraße 23 • 10247 Berlin
Vernissagen alle zwei Monate! Vernissage Nr. 69

1. Februar 2008



19 Uhr
Bewegende
Shirts & mehr
eine
Siebdruckwerkstatt
stellt sich vor

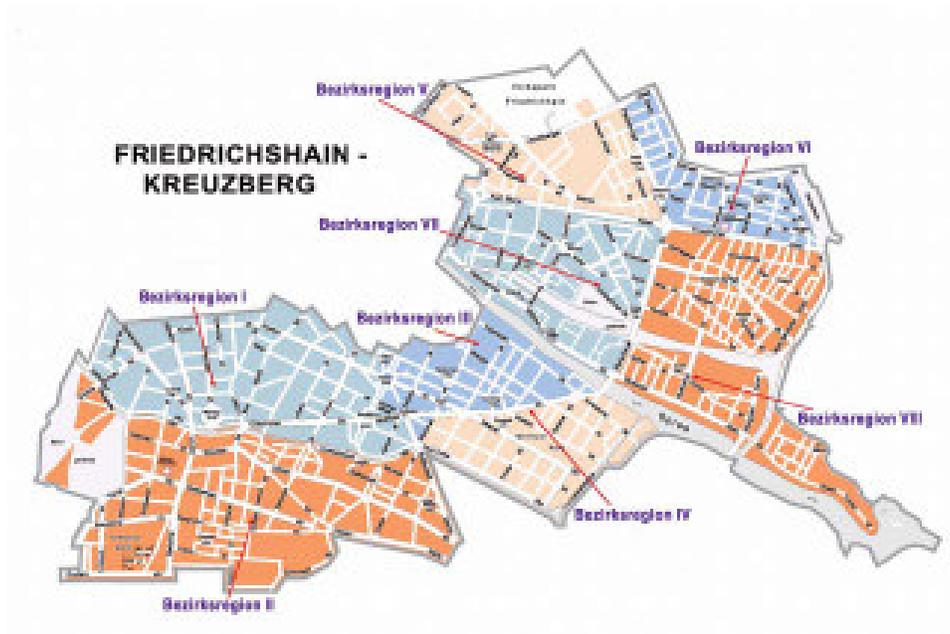
im Anschluß:

21 Uhr Köpi (Köpenicker Str. 137/ s. S. 7)
Solikonzert für die Kampagne
Free Mumia Abu-Jamal
mit:



Entwicklung von Vorschlägen im BürgerInnenhaushalt Friedrichshain-Kreuzberg

Wir möchten Sie zu unseren Versammlungen in Ihrenr Bezirksregionen
herzlich einladen.
Ihre Ideen und Vorschläge werden ernst genommen!



Tag	Datum/ Zeit	Region	Veranstaltungsort
Mo	28.01.08/ 18:30	II	Leibnitz-Schule (Gymnasium) Schleiermacherstr. 23, 10961 Berlin
Mi	30.01.08/ 18:30	VII	Dathe-Schule (Gymnasium) Helsingforser Str. 11/13; 10243 Berlin
Do	07.02.08/ 18:00	IV	Eberhard-Klein-Schule Skalitzer Str. 55/56, 10997 Berlin
Mi	13.02.08/ 18:30	III	e.o.plauen-Grundschule Wrangelstr. 136, 10997 Berlin
Do	14.02.08/ 18:00	VIII	Emanuel-Lasker-Schule Modersohnstr. 53, 10245 Berlin
Mo	18.02.08/ 18:30	I	Liebmann-Schule* Friedrichstr. 13, 10969 Berlin
Mi	20.02.08/ 18:30	VI	Heinrich-Hertz-Schule Rigaer Str. 81-81; 12047 Berlin
Mo	25.02.08/ 18:30	V	Margarethe-von-Witzleben-Schule Palisadenstr. 76, 10243 Berlin

Was ist das, was kann ich als BürgerIn dazu beitragen?

Wir wollen Ihnen nicht nur präsentieren, was mit dem Haushalt geschieht oder, was wieviel kostet, sondern wir möchten Sie einladen, uns mitzuteilen, wo Sie ganz persönlich den Schwerpunkt setzen würden, wenn Sie für den Haushalt verantwortlich wären.

Ist das nur ein Spiel? Nein!

Denn Ihre Ideen/ Ihre gesetzten Schwerpunkten wollen wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch die Umsetzung prüfen. Ihre Ideen sollen in der Planung berücksichtigt werden. Wir wollen mit Ihnen Fragen erörtern und Ihre Ideen sammeln. Welche Angebote halten Sie für notwendig, welche werden unzureichend zur Verfügung gestellt (... vielleicht die Öffnungszeiten der Bibliotheken)? Werden vielleicht bestimmte Angebote in der Form nicht mehr benötigt?

Was passiert mit Ihren Ideen?

Wir wollen mit Ihnen in Arbeitsgruppen ins Gespräch kommen. Alle in den Arbeitsgruppen gesammelten Vorschläge werden dann den anwesenden BürgerInnen vorgestellt. Vorschläge, die per Post oder E-mail (buergerhaushalt@ba-fk.verwalt-berlin.de) bis spätestens 3 Stunden vor Beginn der Veranstaltung in der jeweiligen Region eingegangen sind, werden mit aufgenommen und dem Gremium vorgestellt. Sie dürfen dann unter den gesammelten Ideen Punkte verteilen, d. h. Sie entscheiden, welche der Ideen Sie für besonders wichtig bzw. nicht wichtig erachten. Im Ergebnis liegt eine platzierte Liste Ihrer Ideen aus Ihrer Bezirksregionssitzung vor.

Und wie werden die Ideen wohin getragen?

Die/ der von Ihnen ernannte VertreterIn Ihrer Bezirksregion vertritt Ihre Idee im Redaktionsteam. Dort kommen alle VertreterInnen der Bezirksregionen zusammen. Aus jeder Bezirksregion werden die 10 Ideen, die auf der Liste vorn stehen, d. h. die meisten Punkte erhalten haben, in die Runde gegeben. Alle diese Ideen (insgesamt 8 x 10) werden in einem Ideen-katalog aufbereitet und mit fachlichen Stellungnahmen ergänzt. Vorschläge, die per Post oder E-mail (buergerhaushalt@ba-fk.verwalt-berlin.de) eingehen, müssen spätestens 3 Stunden vor Beginn der Veranstaltung in der jeweiligen Region vorliegen.

Dann liegt ein Ideen-katalog vor.

Der Ideen-katalog wird Ihnen mit den Stellungnahmen aus dem Redaktionsteam-entsprechend aufbereitet im Internet vorgestellt. Somit erhalten Sie auch Kenntnis von den Ideen aus den anderen Regionen. Kein Vorschlag geht verloren, aber klar ist, dass nicht alle Vorschläge umgesetzt werden können.

Wie kommen die Vorschläge an die Politik?

Alle Vorschläge werden VertreterInnen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zur Beratung überreicht. Die BVV setzt sich mit den Ideen auseinander und diese. Die Ideen fließen in die Haushaltsberatungen 2009 ein. Hier sollten Sie unbedingt an den öffentlichen Ausschusssitzungen der BVV teilnehmen. Die Politik wird zu allen angenommenen und abgelehnten Vorschlägen Stellung nehmen. Die Ergebnisse werden auf einer zentralen Abschlussveranstaltung im Mai bekannt gegeben und erläutert. Der Termin für diese Veranstaltung wird über die Presse und das Internet veröffentlicht.